

Aktuelle Stellungnahme des 32. Parteitages

Nein zur Umwandlung der Notstandshilfe in eine „Sozialhilfe neu“!

Was in der offiziellen Diktion der Regierungmitglieder relativ harmlos klingt, könnte für Arbeitslose zu einer massiven existenziellen Bedrohung werden. Eine „Sozialhilfe neu“ soll die bisherige Notstandshilfe „ablösen“.

Die bisherige Gesetzesgrundlage sieht vor, dass nach dem Ende eines Bezuges von Arbeitslosen- oder Karenzgeld Notstandshilfe beantragt werden kann, die 92 bis 95 % des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes, höchstens aber € 643,54 monatlich ausmacht. Wurde Arbeitslosengeld 30 Wochen lang bezogen, werden maximal € 750,00 Notstandshilfe (Existenzminimum) monatlich gewährt. Die Sozialhilfe jedoch liegt entsprechend der Richtsätze der jeweiligen Bundesländer weit unter der Notstandshilfe. In Wien z.B. beträgt sie für eine Person monatlich € 390,33.

Die Arbeitslosenrate ist in den letzten Jahren explodiert, die Abschaffung der Frühpensionierung wird diese weiter hinauftreiben und auf dem Rücken Erwerbsarbeitsloser wird brutalst Budget saniert. Das ist der Weg, der seit Jahren gegangen wird. Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden bekämpft. Ziel ist es, Geld einzusparen und vielleicht noch MigrantInnen überhaupt raus zu drängen, die zwar Anspruch auf Notstandshilfe aber keinen auf Sozialhilfe haben.

Wir sagen Nein zu den Plänen, Erwerbsarbeitslose zu Bittsteller um Sozialhilfe zu machen und rufen auch die Gewerkschaften auf, dagegen entschieden aktiv zu werden.